INHALT

SEITE 1
WANDERUNGEN AUS UND NACH DEUTSCHLAND
 Abnehmendes Wanderungssaldo

ZAHLENWERK
 Wanderungssaldo 1991–2003
 (insgesamt und nur Ausländer)

SEITE 2
WANDERAUSSTELLUNG
PERSPEKTIVE: CHANCENGLEICH
 Von jetzt an auf Tour

FRISCHKUR FÜR
INTERNET-AUFTRITT
 migration-online stieß auf gute Resonanz

GURN
 Gewerkschaftsnahe Forschung zugänglicher

SEITE 3
PROJEKT VERSUS
 Zweisprachig und qualifiziert

MEHR FRAUENPOWER
 Wahl zu den kommunalen MigrantInnenvertretungen

FEIERTAGE

SEITE 4
INTEGRATION DER SPÄTAUS- SIEDLER MIT BEGINN DES ZUWANDERUNGSGESETZES
 Hans-Peter Kemper, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, MdB

WANDERUNGEN AUS UND NACH DEUTSCHLAND

Abnehmendes Wanderungssaldo

Zu einer „gewissen Gelassenheit“ in der Diskussion um Zuwanderung riet Anfang des Jahres Marieluise Beck, Beauftragte der Bundesregierung für Migration und Integration. „Es gibt keine Schwemme, die über die Grenzen drängt“, so Beck: „Die Zahl der Einwanderer nimmt eher ab.“

Beck bezog sich damit auf die Daten, die im Migrationsbericht 2004 enthalten sind, der im Dezember 2004 veröffentlicht wurde. Während sich die Migration nach Deutschland in den Jahren 1997 bis 2002 auf rund 850.000 belief, sank die Zahl 2003 auf 768.975. Damit blieb sie erstmals seit 1991 unter der 800.000-Grenze. Dieser Entwicklung stehen 626.330 Fortzüge gegenüber – daraus entsteht beim Wanderungssaldo ein Überschuss von 142.645.

Für 2004 erwartet Marieluise Beck einen erneuten Rückgang des Wanderungssaldos auf 70.000 bis 80.000, was nur 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen würde. Hier geht es wohl gemerkt nicht nur um Menschen mit nichtdeutschem Pass. Die Wanderungsstatistik erfasst gleichermaßen deutsche wie ausländische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.

Die Erhebungsgrundlage der Wanderungsstatistik bildet die seit 1950 bestehende amtliche Zu- und Fortzugsstatistik. Bei dieser Statistik handelt es sich um eine fall- und nicht um eine personenbezogene Erhebung – Personen die mehrmals pro Jahr zu- oder abwandern, gehen daher mehrmals in die Statistik ein. Somit ist die Zahl der Wanderungsfälle stets etwas größer als die Zahl der gewanderten Personen.

Schaut man sich isoliert die Wanderungsstatistik von Menschen mit nichtdeutschem Pass an, ergibt sich folgendes Bild: 601.759 Zuzüge (78,3 % von allen) stehen 499.063 Fortzüge (79,7 %) gegenüber. Das sich ergebende Wanderungssaldo beläuft sich auf 102.696 (71,9 %).

Rund zwei Drittel (67,7 %) aller neu zugezogenen Personen stammen aus Europa – jedoch nur 17,3 % davon aus der Europäischen Union (EU) – gefolgt von Asien (17,5 %) und Afrika (4,7 %). Der Anteil der ZuwanderInnen aus Amerika, Australien und Ozeanien beläuft sich auf 7,2 %.

Betrachtet man das alleinige Wanderungsgeschehen mit anderen EU-Staaten, das in den 1990ern immer ausgeglichen war, fiel es im Jahr 2002 erstmals deutlich negativ aus (–16.639) –

dieser Trend verstärkte sich 2003 noch einmal (–20.485).

Ende 2003 lebten 7,335 Mio. AusländerInnen in Deutschland, der Ausländeranteil von rund 9 % ist seit Jahren stabil. Die größte Gruppe von Ausländern bilden Menschen aus der Türkei mit 26 % (1,88 Mio.). Rechnet man noch die eingebürgerten türkischstämmigen Menschen hinzu, beläuft sich die Zahl – so die Ausländerbeauftragte – auf rund 2,5 Mio. Marieluise Beck geht jedoch davon aus, dass die russischsprachige Minderheit in Deutschland mittlerweile fast ebenso groß ist, jedoch erhalten die 2 Mio. Spätaussiedler und deren Familienangehörigen die deutsche Staatsbürgerschaft und tauchen in keiner Ausländerstatistik mehr auf.

Für weitere Informationen kann der „Migrationsbericht 2004“ heruntergeladen werden unter der Adresse: www.migration-online/migrationsbericht2004.

ZAHLENWERK

Wanderungssaldo 1991–2003 (insgesamt und nur Ausländer)

WANDERAUSSTELLUNG PERSPEKTIVE:CHANCENGLEICH

Von jetzt an auf Tour

Die Wanderausstellung PERSPEKTIVE:CHANCENGLEICH der Gemeinschaftsinitiative EQUAL, die im Rahmen des EQUAL-Jahrestages am 16. November 2004 im Berliner Congress Centrum (bcc) eröffnet wurde, ist von nun an bis 2007 in ganz Deutschland unterwegs. Die Ausstellung richtet sich primär an politische und gesellschaftliche Entscheidungsträger, so wie an MultiplikatorInnen und andere Interessierte.

PERSPEKTIVE:CHANCENGLEICH beinhaltet mehrere Komponenten: Einerseits sollen die Strukturen, Strategien und Innovationen von EQUAL dargestellt werden. Andererseits betont sie das Ziel, Menschen mit diskreditierbaren Eigenschaften, wie Alter, Hautfarbe,

Religion Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Sie lädt zudem zum Erfahrungsaustausch und Diskutieren über Handlungsempfehlungen und Instrumente für den Arbeitsmarkt ein.

Die Ausstellung umfasst 36 Schautafeln, ein Fernrohr in Gestalt einer Holzkugel und neben Medientischen und Medienstationen, weitere Medien, wie z.B. zwei Kurzfilme.

Bei Interesse kann die Ausstellung auch ausgeliehen werden, sofern ein genügend großer Raum zur Verfügung gestellt wird. Die Transport-, Aufbau- und Abbaukosten übernimmt die Nationale Koordinierungsstelle EQUAL.

Informationen:
Iris Brackelmann, Öffentlichkeitsarbeit
Bundesministerium für Wirtschaft
und Arbeit

Referat X B 4 – Technische Hilfe
EQUAL/XENOS
Postfach 14 02 60
53107 Bonn

Telefon +49 (0) 18 88/6 15-42 84
Telefax +49 (0) 18 88/6 15-13 45
iris.brackelmann@bmwa.bund.de
www.equal.de; www.xenos.de

FRISCHKUR FÜR INTERNET-AUFTRITT

migration-online stieß auf gute Resonanz

Seit fast vier Jahren ist migration-online nun schon online und bietet Informationen zu Migration und Arbeitswelt. Die Resonanz konnte sich sehen lassen: 88 % der Nutzer und Nutzerinnen von migration-online gaben in einer Evaluation der Fachhochschule Darmstadt an, dass die Informationen auf migration-online für ihre Arbeit hilfreich waren.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kam vor kurzem Isoplan in einem Test. Bei einer Untersuchung von interkulturellen Websites durch Isoplan kam migration-online im Bereich „Seiten von Vereinen“ auf den besten Platz (AiD, 4-2004). Insgesamt schnitt migration-online mit einem Ergebnis von 13 von 15 möglichen Punkten recht gut ab. Nur die Seiten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und der

Integrationsbeauftragten wurden besser bewertet.

Aber: Nichts könnte nicht noch verbessert werden. Der Aufbau von migration-online wurde einer „Frischkur“ unterzogen und erstrahlt seit Anfang Februar in neuem Glanz.

„Im Laufe der Zeit hat sich migration-online immer weiterentwickelt. Neue Angebote wie zum Beispiel der Filmverleih kamen hinzu und erweiterten das Angebot. Gleichzeitig wurde die Seite damit aber auch unübersichtlicher. Mit der Umgestaltung tragen wir dem Rechnung“, erläutert Leo Monz, Leiter des Kompetenzzentrums Migration & Qualifizierung beim DGB Bildungswerk die Intention zur Umgestaltung.

Neben dem Layout wurde auch die Struktur der Seite geändert. Gleich blieben hingegen alle Service-Funktionen: Es gibt die Möglichkeit sich online an Veranstaltungen anzumelden, Filme auszuleihen, Publikationen zu bestellen und eigene Praxisbeispiele vorzustellen.

Wie ist Ihre Meinung zur Umgestaltung? Wir sind gespannt auf Ihre Meinung:
migration@dgb-bildungswerk.de

GURN

Gewerkschaftsnahe Forschung zugänglicher

Seit Anfang 2004 gibt es das weltweite gewerkschaftliche Forschungsnetzwerk GURN (Global Union Research Network). GURN ist ein Gemeinschaftsprojekt des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), dem gewerkschaftlichen Beratungskomitee bei der OECD (TUAC) und den beiden bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) angesiedelten Einrichtungen Institut für internationale Arbeitsstudien (IILS) und Büro für Arbeitnehmeraktivitäten (ACTRAV). Letzteres koordiniert auch die Arbeit.

Ziel von GURN ist es, den Gewerkschaften besseren Zugang zu Forschungsergebnissen zu bieten, die in den Gewerkschaften oder ihnen nahe stehenden Institutionen erarbeitet wurden. Daneben dient GURN als Plattform für den Austausch von Informationen und für Debatten über Fragen, die im gemeinsamen Interesse liegen.

GURN bearbeitet sechs Hauptschwerpunkte, einer davon ist Migration. Die Relevanz des Themas wird durch eine Zahl belegt: Arbeitsmigranten überweisen weltweit jährlich rund 90 Milliarden Dollar in ihre Herkunftsländer. Das ist mehr als das Aufkommen für

die gesamte Entwicklungshilfe. Gleichzeitig tragen sie natürlich zur ökonomischen Entwicklung in den Ländern bei, in denen sie leben und arbeiten.

Zum Thema Migration werden verschiedene Dokumente internationaler Organisationen wie ILO, OECD oder EU-Kommission und Untersuchungen renommierter Forschungseinrichtungen – wie das Hamburger Weltwirtschaftsarchiv oder das Washingtoner Migration Policy Institute – angeboten. In Vorbereitung der ILO-Konferenz zu Migration im letzten Jahr hatte GURN einen Chatroom eingerichtet, in dem diskutiert werden konnte.

Abteilungen von Gewerkschaften oder Gewerkschaftsbünden und Forschungsinstitute, die sich mit den Themen, die GURN bearbeitet, beschäftigen, sind eingeladen, sich an dem Netzwerk zu beteiligen.

Informationen zu GURN:
ACTRAV, Bureau for Workers' Activities
International Labour Office
Route des Morillons 4
CH-1211 Geneva 22
Telefon +41 (0) 22/7 99 74 48
Telefax +41 (0) 22/7 99 65 70
E-Mail researchnet@ilo.org
Ansprechpartnerin: Verena Schmidt
Im Internet steht GURN unter:
www.gurn.info

ZWEISPRACHIG UND QUALIFIZIERT

Projekt VERSUS

„Una marcia in più: bilingue e qualificato“ – „Eure Chance: zweisprachig und qualifiziert“ steht groß auf einem Plakat, auf dem Institutionen aufgelistet sind, die die Zweisprachigkeit Italienisch-Deutsch fördern. Das reicht von Kindergärten bis zu Gesamt- und höheren Handelsschulen. Herausgegeben wurde das Plakat und eine entsprechende Broschüre in italienischer Sprache vom Projekt VERSUS des DGB Bildungswerks in Zusammenarbeit mit dem italienischen Generalkonsulat in Köln und dem Komitee der Italiener im Ausland (COMITES). VERSUS hat sich zum Ziel gesetzt, Jugendliche und junge Erwachsene italienischer Herkunft in Nordrhein-Westfalen den Weg in die berufliche Aus- und Weiterbildung zu erleichtern.

Die Situation der italienischen Gemeinschaft in Bezug auf das Arbeitsleben sieht alles andere als rosig aus. Nicht einmal die Hälfte der ArbeitnehmerInnen können eine Berufsausbildung vorweisen – für den Zugang zum Ar-

beitsmarkt die denkbar schlechteste Voraussetzung. Allerdings bietet die Zweisprachigkeit – wenn sie gepflegt wird – potenziell große Chancen. Zum einen bietet sie angesichts wachsender Mobilität die Möglichkeit auf zwei Arbeitsmärkte zugreifen zu können, andererseits brauchen Unternehmen, die im internationalen Rahmen tätig sind oder sein wollen, Beschäftigte, die in zwei Sprachen und Kulturen zu Hause sind.

Nun reicht es nicht – so VERSUS-Projektleiter Maurizio Libbi –, zweisprachige Bildungsinstitutionen einfach aufzulisten. Es komme vielmehr darauf an, sie miteinander zu vernetzen und dafür zu sorgen, dass sie zusammenarbeiten und nicht in Konkurrenz zueinander. Damit dies funktioniert, hat VERSUS, unterstützt vom Generalkonsulat, die Arbeitsgruppe „Runder Tisch Schule-Beruf“ ins Leben gerufen. Parallel dazu werden Multiplikatoren über das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem informiert und die Zusammenarbeit mit den deutschen Bildungsinstitutionen und Behörden intensiviert.

All das ist zweifellos von grundlegender Bedeutung, wenn die Ausbildungssituation verbessert werden soll. Nur müssen diejenigen, für die das gemacht wird, auch erreicht werden. Warten, bis sie kommen, hilft nicht viel weiter. Deshalb werden Informationsveranstaltungen für Jugendliche und deren Eltern vor Ort durchgeführt – so etwa Anfang Februar in Leverkusen und in Bedburg im rheinischen Braunkohlegebiet. Dabei haben sich auch die Bildungseinrichtungen vorgestellt, die zweisprachig arbeiten. Wobei Maurizio Libbi Wert darauf legt, dass Italienisch die Zweitsprache ist und Deutsch Vorrang hat. Es könne nicht darum gehen, italienische Inseln in Deutschland zu schaffen.

DGB Bildungswerk e.V. – VERSUS
Eigelstein 75
D-50668 Köln
Telefon +49 (0) 2 21/91 39 47-0
Telefax +49 (0) 2 21/91 39 47-14

E-Mail: versus@dgb-bildungswerk.de
Internet: www.versus-online.com

FEIERTAGE

Die folgenden Feiertage werden von verschiedenen Religionen oder Nationalitäten im März begangen. All jenen, die feiern, wünschen wir alles Gute.

08.03. Maha Shivratri

Ein hinduistisches Fest, das in einer mondlosen Nacht im Februar gefeiert wird. Es ist das wichtigste Fest für die Anhänger Shivas – hauptsächlich Frauen –, die einen ganzen Tag und eine ganze Nacht Shiva verehren, für ihre Männer beten und bis zum nächsten Morgen fasten.

21.03. Newroz (Naw-Ruz)

Wird sowohl von Schiiten, Kurden, als auch Baha'i begangen, jedoch aus unterschiedlichen Gründen. Für (persische) Schiiten steht dieser Tag für den Frühlingsanfang, als Erwachen der Natur. Die Kurden feiern ihn als Freiheitstag: Der Legende nach zertrümmerte der Schmied Kawa mit seinem Hammer den Kopf des grausamen Königs Zohak (oder Ajdehak). Am Vortag werden Feuer angezündet, politische Reden gehalten und Lieder der Freiheit gesungen. Bei den Baha'i steht Naw-Ruz am Ende einer einmonatigen Fastenzeit und eröffnet das neue Jahr im Baha'i-Kalender.

21.03. Geburtstag des Ali

Zu Ehren ihres Konfessionsgründers feiern Aleviten diesen Tag.

24.–25.03. Holi (auch Holika oder Holi-Phagwa)

Ein hinduistisches Frühlingsfest am Vollmondtag des Monats Phalguna (Februar/März). Das Fest dauert zwei Tage: Am ersten Tag wird in der Nacht ein Feuer entzündet, das die Verbrennung Holikas symbolisiert. Holika war eine Kanibalin, die große Freude daran fand, kleine Kinder zu fressen – sie wurde von Krishna verbrannt. Fünf Tage nach dem Vollmond ist Rangapanchami, der zweite Tag des Festes. An diesem Tag sind alle Schranken durch Kaste, Geschlecht und Alter aufgehoben. Alles feiert ausgelassen und man bespritzt sich mit bunten Farben – deshalb wird Holi auch „Fest der Farben“ genannt.

25.03. Purim

Ein jüdischer Feiertag. Er erinnert an die Errettung der Juden in Persien, vor Haman, durch die Königin Esther.

MEHR FRAUENPOWER

Wahl zu den kommunalen MigrantInnenvertretungen

Am 21.10.2004 fanden in Nordrhein-Westfalen die Wahlen zu den kommunalen Vertretungen der MigrantInnen statt. Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen MigrantInnenvertretungen in NRW (LAGA NRW) hat jetzt eine genauere Analyse des Wahlausgangs vorgelegt.

Nach der Gemeindeordnung (GO) müssen in Städten mit mindestens 5.000 ausländischen Einwohnern entsprechende Gremien gewählt werden. In Kommunen mit 2.000 BürgerInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit muss eine Vertretung eingerichtet werden, wenn 200 oder mehr AusländerInnen dies beantragen. Gewählt wurde in 98 Städten, in 39 davon ein „klassischer“ Ausländerbeirat, in 59 Kommunen sind es so genannte Experimentiergremien, mit denen versucht wird, die Interessenvertretung neu zu gestalten.

Die Wahlbeteiligung fiel höchst unterschiedlich aus. Das Spektrum reicht vom Spitzenreiter Lünen (31,9 %) über Bönen (27,3 %), Oberhausen (18,1 %), Mönchengladbach (9,8 %), bis hin zu

Wuppertal (5,4 %) und dem Schlusslicht Löhne (2,1 %). Die durchschnittliche Wahlbeteiligung lag bei 12,28 % – was einen Rückgang von 1,61 % zu den letzten Wahlen im Jahr 1999 bedeutet. Die Wahlbeteiligung sei jedoch „wenig aussagekräftig“, sagt Tayfun Keltek, der Vorsitzende der LAGA NRW. Grund seien die vielfältigen, nicht einheitlichen neuen Regelungen und die fehlenden finanziellen Ressourcen der KandidatInnen, hinzu kam das mangelnde Interesse mancher Stadtverwaltungen. Denn „wenn die Stadtverwaltungen ihre Informationspflicht ernst genommen haben, sind sogar Beteiligungen wie beim Spitzenreiter Lünen möglich“, bilanziert Keltek.

Rund 56 % der gewählten Vertreterinnen und Vertreter stammen aus der Türkei, gefolgt von Menschen mit deutschem Pass – Eingebürgerte und Spätaussiedler – mit circa 17,5 %, Italien (4,8 %), Griechenland (4,2 %) und Ex-Jugoslawien (3,5 %).

Besonders zu erwähnen ist der Anstieg der Vertreterinnen in den Gremien: Waren es 1999 rund 19 %, stieg der Anteil auf rund 24 %. In Bad Honnef, Bünde und Hürth sind die weiblichen Mitglieder der Vertretun-

gen sogar in der Mehrzahl – in Bielefeld trat sogar eine reine Frauenliste an. Andererseits sitzen beispielsweise in Hagen, Remscheid, Mettmann und dem „Wahlbeteiligungsspitzenreiter“ Lünen keine Frauen in den Gremien.

Kommunale MigrantInnenvertretungen sind sehr junge Gremien: Rund 60 % der Mitglieder sind zwischen 16 und 40 Jahre alt.

Weitere Infos finden sich in der Extra-Ausgabe des LAGA-Newsletters „Infodienst der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen MigrantInnenvertretung NRW“ (Nr. 22) unter: www.laga-nrw.de/data/migration_22_2004_1.pdf

FORUM 3

MIGRATION

INTEGRATION DER SPÄTAUSSIEDLER MIT BEGINN DES ZUWANDERUNGSGESETZES

KOMMENTAR

Hans-Peter Kemper, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, MdB

Ab 17. November 2004 habe ich mein neues Amt angetreten, allerdings sind mir die Themen Migration und Integration bereits durch langjährige Arbeit im Innenausschuss des Deutschen Bundestages vertraut. Wie mein Vorgänger stehe ich zu unserer historischen Verantwortung gegenüber den deutschen Minderheiten in Osteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Meinen Arbeitsschwerpunkt sehe ich aber vor allem in der Verbesserung der Integration der Spätaussiedler und ihrer Familienangehörigen in Deutschland.

Fast 4,5 Millionen Spätaussiedler sind seit den 50er Jahren nach Deutschland gekommen. Jahrzehntlang vollzog sich ihre Integration ganz unproblematisch, aber ab Mitte der 90er Jahre ist sie schwieriger geworden. Eine der Hauptursachen ist, dass zunehmend nichtdeutsche Familienangehörige mit geringen oder gar keinen Deutschkenntnissen zu uns kommen. Das Verhältnis Spätaussiedler zu nichtdeutschen Familienangehörigen beträgt inzwischen 20 zu 80, während es zuvor umgekehrt war. Aufgrund von Kommunikationsschwierigkeiten finden diese Familienangehörigen nur schwer Zugang zur neuen Heimat und werden auch von den Einheimischen schlechter akzeptiert. Selbst bei beruflichen Vorkenntnissen haben sie ohne die sprachlichen Voraussetzungen auch auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen.

Bisher war der Nachweis von Deutschkenntnissen für nichtdeutsche Familienmitglieder keine Pflicht. Jetzt muss nicht nur der Spätaussiedler einen Sprachtest im Herkunftsland ablegen, sondern

das Zuwanderungsgesetz verpflichtet nun auch die mitreisenden Familienangehörigen, schon vor der Ausreise Grundkenntnisse der deutschen Sprache nachzuweisen. In den Herkunftsländern gibt es inzwischen ausreichend Möglichkeiten, kostenlos Deutsch zu lernen. Nach dem Gesetz haben alle Zuwanderer mit einem auf Dauer angelegten Aufenthaltstitel Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs in Deutschland. So können auch die nichtdeutschen Familienangehörigen der Aussiedler noch vorhandene Sprachdefizite so schnell wie möglich beheben. Von soliden Deutschkenntnissen versprechen wir uns eine schnellere und sozialverträglichere Eingliederung, die wiederum die Akzeptanz bei der einheimischen Bevölkerung verbessern würde.

Für mich ist die Behandlung von Aussiedlern und Ausländern als gemeinsame Zielgruppe „Zuwanderer“ ein wichtiger Aspekt für den „inneren Frieden“. Im Vorgriff auf das Zuwanderungsgesetz wurden bereits Integrationsangebote für alle Zuwanderer geöffnet, die dauerhaft nach Deutschland kommen. Beim gemeinsamen Besuch der Integrationskurse seit diesem Jahr wird Deutsch zur Verständigungssprache der Teilnehmer. Kommunikation und gegenseitiges Kennenlernen bieten auch die Chance, mehr Verständnis füreinander zu entwickeln, was in der Vergangenheit eher nicht der Fall war.

Auf ihrem Weg in die deutsche Aufnahmegesellschaft werden die Neuzuwanderer durch die Migrationserstberatung unterstützt, die den Integrationsprozess steuern und begleiten soll. Die Neuzuwanderer werden bedarfsorientiert und individuell beraten, aber nicht auf Dauer an die Hand genommen, sondern zu selbstständigem Handeln im täglichen Leben befähigt. Für Zuwanderer unter 27 Jahren gibt es einen gesonderten Jugendmigrationsdienst.

Ein Teil der jungen männlichen Aussiedler fühlt sich in Deutschland nicht richtig zugehörig. Neben mangelnden Sprachkenntnissen erschweren auch Identitätsprobleme den Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Ihnen gilt es zu vermitteln, dass Alkohol, Drogen oder Gewalt keine Lösung sind. Die Bundesregierung fördert im präventiven Bereich schon zahlreiche Projekte. Ich will dafür sorgen, dass gute Beispiele bundesweit Schule machen und daraus Strategien für Resozialisierungs- und präventive Integrationsarbeit mit gefährdeten Jugendlichen entwickelt werden.

In der Integrationspolitik wird zunehmend auf aktive Mitwirkung der Zuwanderer gesetzt. Eigeninitiative, Hilfe zur Selbsthilfe und ehrenamtliches Engagement der Zuwanderer sind gefragt. Es gibt gute Ansätze aber auch noch viele Möglichkeiten.

Integration von Zuwanderern wird nur gelingen, wenn wir sie nicht dem Zufall überlassen, sondern als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sehen, bei der Bund, Länder, Kommunen, Politiker, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und nicht zuletzt Migrantenorganisationen nicht gegeneinander antreten, sondern an einem Strang ziehen.

Die Langfassung des Kommentars kann nachgelesen werden unter: www.migration-online.de/kemper

GEFÖRDERT DURCH

Bundesministerium des Innern

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk

Vorsitzender: Dietmar Hexel

Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel

(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

DRUCK UND VERTRIEB

WAZ-Druck, Duisburg

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

BESTELLADRESSE

PROWERB

Werbe- und Versand-Service GmbH

Huissener Straße 7–9

47533 Kleve

Telefax 0 28 21/72 18-25

E-Mail info@prowerb.de

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk

Kompetenzzentrum

Migration & Qualifizierung

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Telefon 02 11/43 01-1 88

Telefax 02 11/43 01-1 34

migration@dgb-bildungswerk.de

www.migration-online.de